

08.03.2016

Antrag

der Fraktion der CDU

Die Landesregierung muss privates Engagement bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützen

I. Ausgangslage

Die Städte, Gemeinden und Kreise leisten derzeit im Rahmen der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern Monat für Monat Außergewöhnliches. Unterstützung erfahren die Kommunen durch das Engagement vieler Ehrenamtlicher, ohne die die großen Herausforderungen nicht bewältigt werden könnten und eine erfolgreiche Integration nicht möglich wäre.

Zur Koordinierung der ehrenamtlichen Arbeit gibt es eine zentrale Homepage der Landesregierung (www.ich-helfe.nrw). Dort können Organisationen, Institutionen oder Initiativen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, Unterstützungsbedarfe anzeigen, um so Hilfe und Helfer zu finden. Die Gesuche sind verschlagwortet, so dass potenzielle Unterstützer nach konkreten Institutionen an ihrem jeweiligen Wohnort suchen können oder nach konkreten Bedarfen (z.B. Sachspende, Dolmetschen oder Wohnraum).

Nicht möglich ist allerdings, auf dieser Webseite Angebote für die Unterbringung von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive in Privathaushalten einzustellen. Dabei geht es hier um solche Wohnformen, die auf das Zusammenleben von einheimischer Bevölkerung und Flüchtlingen abzielen (Wohngemeinschaften, Untervermietung von Zimmern etc.) und so neben der Entlastung von bestehenden Unterbringungskapazitäten auch Impulse für das Ankommen in der Gesellschaft bieten. Das Angebot der Landesregierung erweist sich hier als zu umständlich und wenig nutzerfreundlich: Wenn eine Privatperson privaten Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen möchte, muss sie zunächst eine Initiative herausuchen und sich dort melden. Dies erfordert mehrere Schritte, wodurch die Gefahr besteht, Hilfwillige zu „verlieren“.

Eine hervorragende Umsetzung einer Angebotsplattform bietet dagegen die Homepage www.fluechtlinge-willkommen.de vom Verein „Mensch Mensch Mensch e.V.“ aus Berlin. Auf dieser Homepage können Privatpersonen Wohnraum anbieten. Sie werden dann mit Flüchtlingen zusammengebracht, die zum Angebot (Wohnfläche, Alter, Sprachkenntnisse) passen.

Datum des Originals: 08.03.2016/Ausgegeben: 08.03.2016

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Außerdem werden auf der Seite wesentliche Fragen zur Aufnahme von Flüchtlingen in privaten Räumlichkeiten (z.B. in Wohngemeinschaften, Finanzierung) beantwortet. Neben der inhaltlichen Gestaltung der Seite ist auch das Design sehr viel ansprechender und besser an die heutigen Bedürfnisse angepasst als das Angebot der Landesregierung. Allerdings erstreckt sich das Angebot von www.fluechtlinge-willkommen.de derzeit vornehmlich auf die großen Städte in Deutschland.

Daraus resultierend ergibt sich für die Landesregierung die Notwendigkeit, eine Plattform zu schaffen, die erstens auch offen ist für private Angebote des (Mit-)Wohnens, die zweitens auch attraktiv ist für Angebote aus kleineren Kommunen und die drittens wesentlich nutzerfreundlicher gestaltet ist als das bestehende Angebot.

Neben einer Erweiterung und grafischen Neuauflage der bestehenden Homepage www.ich-helfe.nrw kommt auch eine Zusammenarbeit mit bestehenden Plattformen wie www.fluechtlinge-willkommen.de in Betracht. Die Umsetzung könnte darüber hinaus mit einem großen sozialen Träger erfolgen, um die Betreuung der Beteiligten professionell zu gewährleisten. Als Beispiel hierfür dient die Stadt Leverkusen mit dem Leverkusener Modell. Dort nimmt die Stadt mittels eines Online-Formulars Angebote von Privatpersonen für Wohnraum an und vermittelt Flüchtlinge in die privaten Wohnungen. Die Betreuung erfolgt anschließend durch die Caritas.

Die private Unterbringung von Flüchtlingen mit einer guten Bleibeperspektive hat gleich zwei Vorteile: der vielfach vorhandene faktische Teil-Leerstand von Wohnraum könnte beseitigt und zugleich menschliche Begegnung gefördert werden, die das Ankommen von Flüchtlingen in der deutschen Gesellschaft sinnvoll unterstützen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Plattform www.ich-helfe.nrw grafisch zu überarbeiten und das Informationsangebot insbesondere mit Blick auf die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen von Angeboten durch Privatpersonen (z.B. bei Angeboten von Wohnraum) zu ergänzen;
2. zusammen mit erfahrenen Trägern aus der Flüchtlings- und Asylhilfe eine Plattform zu schaffen, auf der Privatpersonen sich unbürokratisch melden und Leistungen oder Wohnraum für Flüchtlinge anbieten können;
3. die Kommunen über diese Möglichkeit der Unterbringung von Flüchtlingen in Privathaushalten zu informieren;
4. und mögliche landesrechtliche Hindernisse für die Unterbringung von Flüchtlingen in Privathaushalten zu beseitigen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
André Kuper
Serap Güler
Andrea Milz

und Fraktion